

Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt sind die Themenfelder, auf denen politische Richtungskämpfe ausgefochten werden: Auch bei uns.

Diskussionsbeitrag von Susanna

Es gibt Fortschritte ...

Aus meiner Sicht haben wir in Deutschland insgesamt sowie in der eigenen Partei große Fortschritte in der Flüchtlingspolitik und im flüchtlingspolitischen Diskurs gemacht: Dazu haben die Flüchtlingsproteste selber den größten Beitrag geleistet. Aber auch die Katastrophen im Mittelmeer – u.a. vor Lampedusa im letzten Dezember – haben die Medienberichterstattung und die öffentliche Wahrnehmung stark verändert. Es gab 2014 unzählige Berichte über Einzelschicksale, die Geflüchteten kamen selber zu Wort, es gab Hintergrundberichte über Fluchtwege und Herkunftsstaaten etc. - auch in Berlin war es so, dass die Leute vom O*Platz und aus der Bewegung selbst gehört wurden. Undenkbar vor einigen Jahren. Undenkbar wäre auch ein Aufruf der Integrationsbeauftragten gewesen, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, oder ein Aufruf des Bürgermeisters, sich ehrenamtlich für die Heime zu engagieren.

Als Fortschritt werte ich auch, dass endlich die Qualifikation von Zuwander*innen in den Fokus rückt: Sie werden gebraucht und das erhöht ihren „Wert“. Gut ist, dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Zuwanderung endlich erkannt wird, schlecht ist aber, wenn das zu einer Politik der Kosten-Nutzen-Logik führt. Zuwanderung und Öffnung sind an sich ein Gewinn.

... und eine Verschiebung des rechten Diskurses:

Zum Teil verquickt mit dieser Entwicklung, zum Teil auch gegen sie, formiert sich der rechte Diskurs neu. PEGIDIA marschiert gegen „den Islam“. Wobei „Islam“ für alles steht, was diesen Rassisten, Ostnalgikern, Politikverdrossenen, Ewigzukunftgekommenen und rechten Wutbürger*innen nicht passt. Es gibt bei denen, die da mitlaufen, aber auch Argumentationsfiguren, die in weiten Teilen der Gesellschaft und auch in der Wähler*innenschaft und bei Mitgliedern der Grünen anschlussfähig sind. Darauf möchte ich die Aufmerksamkeit lenken, bevor die innerparteilichen Auseinandersetzungen um das Wahlprogramm und die Kandidat*innen losgeht.

1. Wo es „echte“ Flüchtlinge gibt, da gibt es auch „falsche“:

Kretschmann hat für die „echten“ Flüchtlinge u.a. aus Syrien Vorteile erreicht, indem er mit der Anerkennung sicherer Herkunftsstaaten den Roma die Berechtigung abgesprochen hat, nach Deutschland zu kommen.

Unser Asylrecht basiert darauf, dass eine individuelle politische Verfolgung nachgewiesen werden muss. Die Anerkennung als Flüchtling setzt die Beurteilung der politischen Situation des Herkunftslandes durch das Auswärtige Amt voraus. - Es ist im öffentlichen Diskurs angekommen, dass es „echte Flüchtlinge“ gibt und solche, die „unberechtigt“ hier sind, solche, die uns „überlasten“ und „in die Sozialsysteme einwandern“ ... Das trifft insbesondere Roma, egal ob sie aus EU-Ländern kommen oder aus den angeblich sicheren Herkunftsländern. Das trifft aber auch die Menschen der Subsahara-Region, deren Länder mehr oder weniger stabil, aber sozial extrem gespalten sind, so dass viele in Armut leben und keine Aussichten haben. Wir sollten argumentativ auf diese Verschiebung der Ausgrenzungs-Diskurse vorbereitet sein, denn sie trifft die am härtesten von Rassismus betroffenen Menschen.

Wenn die CSU für die anerkannten Flüchtlinge eine schnelle Ausbildung und berufliche Integration fordert und zugleich für die, die sich „unberechtigt“ in Deutschland aufhalten, eine schnelle Abschiebung fordert, so bedeutet es einen Fortschritt, dass nicht mehr alle Asylsuchenden unter den Verdacht des Missbrauchs gestellt werden. Es ist aber zugleich gefährlich, weil es eine größere Härte gegenüber allen anderen als erlaubt erscheinen lässt.

Auch wir Grünen sind gegen diesen Diskurs nicht immun: Wie stehen wir eigentlich zu Menschen, die vor Armut fliehen? Etwa aus afrikanischen Ländern, deren Rohstoffe wir für Solarpanels und Handys brauchen, mit deren Privilegierten wir Verträge zu unserem Nutzen abschließen? Wie steht es um unsere innereuropäische Verantwortung und um die historische Verantwortung gegenüber den Roma? Kretschmann und anderen haben z.B. den so genannten „Asylkompromiss“ damit verteidigt, sie hätten für die „echten“ Flüchtlinge u.a. aus Syrien Vorteile erreicht. Der Preis war die Anerkennung sicherer Herkunftsstaaten, womitvielen Roma die Berechtigung abgesprochen wird, nach Deutschland zu kommen. Ein Preis, der nicht nur zu hoch ist, sondern auch die Gefahr birgt, einer Kategorisierung Flüchtender Vorschub zu leisten.

2. Hart erkämpfte gesellschaftliche Fortschritte werden zu abendländischen Selbstverständlichkeiten erklärt und gegen die „Morgenländer“ ins Feld geführt.

Diese Argumentation suggeriert, dass wir unsere freie Gesellschaft gegen die „rückständigen Zuwanderer*innen“ verteidigen müssten. Aber Rückständigkeit ist bei genauerem Hinsehen ebenso Herkunftsunabhängig wie das Engagement für eine offene und vielfältige Gesellschaft. Vorsicht: auch hier sind auch Linke ziemlich anfällig!

- Patriarchale Verhältnisse, Unterdrückung von und Gewalt gegen Frauen

Ja, das haben wir in unserer Gesellschaft, aber nicht nur bei denen, die (relativ) neu ins Land kommen. Wir müssen sie bekämpfen wo immer sie vorkommen. Aber vergessen wir nicht, Frauenhäuser haben wir lange erkämpft, bevor irgendjemand darüber nachgedacht hat, dass auch Migrantinnen eine Zielgruppe sein könnte. Gewalt gegen Frauen ist nämlich kein Problem, das sich erst in der Zuwanderungsgesellschaft entwickelt hat.

- Homophobie

Der § 175 ist nicht etwa deshalb so spät gestrichen worden, weil die „Multikulti-Spinner“ auf die „rückständigen Südländer*innen“ vom Bosphorus bis zu den Quellen des Nils Rücksicht genommen hätten, sondern weil die gleichen Leute, die den Zuwanderern nun Homophobie vorwerfen, um zu belegen, dass Zuwanderung eine Zumutung ist, diesen Paragrafen zum Schutz von Familie und Ordnung nicht aufgeben wollten. Wir arbeiten gegen Homophobie egal in welchen Milieus sie vorkommt- und da ist immer noch viel zu tun. Auch bei den Leuten mit deutschen Großeltern.

- Gewalt in Familie und Erziehung

Hier gilt dasselbe wie in Bezug auf die Unterdrückung von Frauen: Das ist keine Frage der Herkunft. Gefragt sind eine klare Haltung, wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote, Mehrsprachigkeit etc. Und ob man es ernst meint, entscheidet sich auch daran, wieviel man sich das kosten lässt.

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, hate-crime

Die relativ hohe Zahl von radikalisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Deutschland aufgewachsen sind und sich dem IS anschließen, ist beängstigend. Beängstigend wie der NSU-Terror und die solide Verwurzelung der rechten Szene in Sachsen. Auch hier gilt: Probleme analysieren und angehen, aber nicht kulturalisieren.

Wer gesellschaftliche Probleme benennen will, soll es einfach tun – und zwar so gut und fundiert, wie man es auch bei Umweltthemen erwarten kann: Mit Zahlen, Fakten, Analysen und im ganz normalen Austausch von Argumenten für und wider.

Konkrete Problemanalysen haben den Vorteil, dass sie die Basis für realistische Lösungswege bieten und führen nicht in die Sackgasse der ewig gleichen Kultur-Diskussionen, die keinem helfen.

3. Die These, die „Ängste der Menschen“ seien das Resultat einer verfehlten Integrationspolitik, bleibt jede Erklärung schuldig und lebt von ihrer Oberflächlichkeit.

Antje Hermenau hat vor Weihnachten im Info-Radio gefordert, die Einwanderungsgesetze in Deutschland derart zu ändern, dass mehr Integration gefordert würde. Welche Gesetze sie damit meint, wo warum zu wenig Integration gefordert wird und was sie mit Integration meint, bleibt ungesagt. Das würde sich auch gar nicht konkretisieren lassen: Die angebliche Gleichgültigkeit und Toleranz der Politik gegenüber den Zuwanderern in Deutschland, die dann einfach „machen können, was sie wollen“, ist ein Sarrazin- und Buschkowsky-Märchen. Es gibt hier keine „Auswüchse“, die Folge unserer übermäßigen Freundlichkeit und Offenheit wären.

Fakt ist doch: Es gab jahrzehntelang gar keine aktive Integrationspolitik: Kaum Sprachkurse, keine Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse, keine Strukturen der Partizipation von Selbstorganisationen, keine Antidiskriminierungspolitik – denn natürlich gibt es in einem Land, das kein Einwanderungsland ist, auch keine Diskriminierung – wer sollte denn da diskriminiert werden? Außerdem ist das Thema Diskriminierung und Rassismus mit einem Tabu belegt: Deutschland kann nach 1945 gar nicht mehr rassistisch sein.

Die Probleme, die wir – vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt – haben, sind Folgen dieser Realitätsverweigerung. Wir haben ein Schulsystem, das sozial mehr selektiert als jedes andere in Europa. Bei uns muss man Bewerbungen noch ein Bild beilegen etc.

Rassismus und Diskriminierung werden von der zweiten und dritten Generation besonders bitter empfunden und scharf formuliert. Es genügt nicht, wenn wir uns allgemein zur „Vielfalt“ bekennen. Wir haben als Grüne in unseren Programmen zwar immer geschrieben, dass „Integrationspolitik“ ein Querschnittsthema ist, aber wie weit sind wir wirklich damit? Wenn wir innerhalb der Grünen das Bekenntnis gegen Rassismus konkret durchbuchstabiert hätten, hätte es womöglich den so genannten „Asylkompromiss“ gar nicht gegeben. Aber es hat uns kalt erwischt. Hier gibt es eine Menge Baustellen.

Was bedeutet das strategisch für die Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes?

Erinnert euch an die Auseinandersetzungen im Vorfeld der letzten AH-Wahl: Die härtesten Auseinandersetzungen fanden um die „integrationspolitischen“ Programmpassagen und -Positionen statt.

Zuwanderung von Roma, „Integration“, Islam, Antidiskriminierungspolitik und Partizipation sind die Themen, die sich zum Polarisieren eignen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir diese Konflikte auch innerhalb der eigenen Partei haben.

Themen, an denen sich die Konflikte zuspitzen können:

1. Roma-Zuwanderung aus den EU-Ländern: Die Roma sind keine politischen Flüchtlinge, haben also nach deutschem Recht keine Aussicht auf Asyl. In anderen europäischen Ländern gelten durchaus auch Menschen, die vor Armut und Hoffnungslosigkeit fliehen als „Flüchtlinge“. Wie stehen wir zu Menschen, die bei uns ein besseres Leben suchen und dafür Unterstützung brauchen? Wie ernst machen wir mit der historischen Verantwortung gegenüber den Roma?

2. Antidiskriminierungspolitik: Bildung ist kein sicherer Weg zum sozialen Aufstieg: Die Schulen selektieren, danach werden gut qualifizierte Menschen mit erkennbarem MH in erheblichem Ausmaß auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert (siehe SVR-Studie aus diesem Sommer). Diskriminierung gibt es auf dem Wohnungsmarkt, in den Medien und im Kulturbereich. - Wie gehen wir als Grüne damit um, dass das „D-Wort“ weitgehend tabuisiert ist? Lassen wir es uns im Programm verbieten, um keine Wähler*innen zu verschrecken? Finden wir eine Darstellung der Problematik, die auch die „Mehrheitsgesellschaft“ für unsere Maßnahmen gewinnt?

3. Islam: Siehe oben. Zu einer offenen Gesellschaft gehört auch sichtbare Religionsausübung – und es gibt keine Toleranz gegenüber Intoleranz. Wie balancieren wir das am konkreten Politikfeld aus?

4. Partizipation: Kommunales Ausländerwahlrecht und die Forderung nach Abstimmungsberechtigung bei Volksbegehren sind Konsens. Aber wie sieht es mit der Mittelvergabe für Migrantenselbstorganisationen (MSO) aus? Wir binden die MSO in die interkulturelle Öffnung der Ämter und Behörden ein und finanzieren sie wie ehrenamtliche Folklorevereinigungen. Wie vielfältig ist Trägerlandschaft?

5. Diskriminierung an Schulen? Wer ist uns näher: Die überlastete Lehrerschaft oder die Kinder, die damit leben müssen, dass man ihre Elternhäuser als „bildungsfern“ abstempelt und soziale Probleme ethnisiert? Wir sollten beide im Blick haben: Dann müssen wir in der Diskriminierungsdebatte aber noch etwas aufholen.

...wenn wir das an diesen Punkten durchbuchstabiert haben, gehen wir an den ganzen Programmprozess mit einem geschärften Problembewusstsein :-)